



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 23.11.2015

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 22.10.2015, 15:30 Uhr bis 18:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Herr Christoph Klausling	CDU
Herr Horst Ladenberger	GRÜNE
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Herr Markus Wiener	pro Köln
Herr Dr. Roland Quinten	AfD
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Frau Edith Marschall	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU

Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
--------------------	--

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Thomas Welter	CDU
Frau Julia Woller	GRÜNE

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn	auf Vorschlag der SPD
----------------------	-----------------------

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Herr Michael Müller	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Beratende Mitglieder

Frau Vicky Püllen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Marita Bosbach	Deutsches Rotes Kreuz
---------------------	-----------------------

Beratende Mitglieder

Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region
Herr Alexander Sperling	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Thilo Fußten	Aidshilfe Köln e.V.
-------------------	---------------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Paetzold begrüßt Frau Hoyer ganz besonders und freut sich, dass sie gesund an der Sitzung teilnehmen kann. Er richtet herzliche Genesungswünsche an die neue Oberbürgermeisterin Frau Reker. Frau Reker habe ihre Wahl schriftlich angenommen. Er teilt mit, dass er im Namen des Ausschusses Soziales und Senioren Genesungswünsche zur Uni-Klinik gesendet habe. Er hoffe, dass es allen Attentatsopfern gesundheitlich wieder gut gehe.

Frau Hoyer bedankt sich für die freundlichen Genesungswünsche von Herrn Paetzold, die er im Namen des Ausschusses Soziales und Senioren ausgesprochen habe. Sie empfinde es immer noch als schrecklich, dass der Attentäter aus Beweggründen gehandelt habe, für die Frau Reker sowie alle demokratischen Mitglieder dieses Ausschusses eintreten, nämlich für eine Willkommenskultur und eine offenherzige Aufnahme von Flüchtlingen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf folgende Tischvorlagen hin:

TOP 4.3, TOP 8.3, TOP 9.1, TOP 10.1, TOP 11.2.2, TOP 12.2.3, TOP 11.2.4, TOP 13.10 und TOP 12.6.

Er weist auf die Broschüren „Köln Barrierefrei“ und „Wohnen in Köln“ hin.

Der TOP 13.4 soll in der nächsten Sitzung von Herrn Schwamborn mit einer Präsentation erläutert und vorgestellt werden. Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, diesen TOP 13.4 in die nächste Sitzung zu verschieben.

Herr Detjen fragt, ob der TOP 4.3 heute beschlossen werden müsse.

Herr Ludwig bittet darum, dass der TOP 4.3 in die Beratungsfolge geschoben werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, dass der TOP 4.3 ohne Votum in die weitere Beratungsfolge geschoben werde. Er stellt fest, dass über diese Vorgehensweise Einigkeit erzielt wurde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Er stellt fest, dass die so geänderte Tagesordnung einstimmig genehmigt wird.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
 - 3.1 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel

hier: Maßnahmebewilligungen 2015
2156/2015
 - 3.2 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training in 2015
2939/2015
- 4 Ausschussempfehlungen an den Rat**
 - 4.1 14. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln. Hier: Änderung des § 23 der Hauptsatzung der Stadt Köln.
2317/2015
 - 4.2 Änderung der Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
2776/2015
 - 4.3 Fortführung des Hausmeister- und Sicherheitsdienstes in den Einrichtungen für obdachlose Personen und den Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln
2994/2015
- 5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 7 Wohnen**
 - 7.1 Mehrgenerationenwohnen
2516/2015

- 7.2 Öffentlich geförderter Mietwohnungsbau
Zinsmoratorium 2016/2017
2581/2015

8 JobCenter Köln

- 8.1 Bericht des Jobcenters Köln
2894/2015
- 8.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 8.1 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 17.09.2015
2879/2015
- 8.3 Nachfrage von Herrn Dr. Schulz zum Thema Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 17.09.2015

Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 8.1
3019/2015

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

- 9.1 Aktuelle Informationen zur Flüchtlingssituation
3182/2015

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

- 10.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 04/2015
3062/2015

11 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 11.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
 - 11.1.1 Wie werden Flüchtlinge in Köln zurzeit untergebracht? TOP 11.1.1 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
AN/1166/2015
 - 11.1.2 Aufenthaltsraum für obdachlose und drogenabhängige Menschen an den Ringen. TOP 11.1.2 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
AN/1171/2015
 - 11.1.3 Befreiung der Köln-Pass-Besitzer von Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen. TOP 11.1.3 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
AN/1172/2015

- 11.1.4 Leistungsangebot für Köln-Pass-Besitzer*innen. TOP 11.2.1 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
AN/1299/2015
- 11.1.5 Abweisungen von unerlaubt eingereisten Geflüchteten. TOP 11.2.2 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
AN/1365/2015
- 11.1.6 Flüchtlingshilfe koordinieren: Online-Formular und Hilfe-Hotline prüfen. TOP 11.2.3 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
AN/1406/2015
- 11.2 Aktuelle Anfragen
- 11.2.1 Unterbringung von Flüchtlingen auf Schiffen
AN/1538/2015
- 11.2.2 Schutz für alleinreisende weibliche Flüchtlinge in den Kölner Gemeinschaftsunterkünften
AN/1561/2015
- 11.2.3 Entsprechen die Standards für die Auswahl des Sicherheitspersonals in Kölner Flüchtlingsheimen denen aus NRW?
AN/1564/2015
- 11.2.4 Zahlungen der Landesregierung für Flüchtlinge
AN/1568/2015

12 Beantwortung von Anfragen

- 12.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema "Aufenthaltsraum für obdachlose und drogenabhängige Menschen an den Ringen" (AN/1171/2015). TOP 12.5 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
2664/2015
- 12.2 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke zum Leistungsangebot für Köln-Pass-Besitzer*innen vom 25.08.2015 (AN/1299/2015). TOP 12.4 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
2686/2015
- 12.3 Abweisungen von unerlaubt eingereisten Geflüchteten, Beantwortung der Anfrage AN/1365/2015. TOP 12.6 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
2789/2015
- 12.4 Bearbeitung und Freigabe von Anträgen auf Elterngeldbezüge
2696/2015

- 12.5 Beantwortung einer Anfrage gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates; hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur Befreiung der Köln-Pass-Besitzer von Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen
2408/2015
- 12.6 Flüchtlingshilfe koordinieren: Online-Formular und Hilfe-Hotline prüfen
3176/2015
- 13 Mitteilungen**
- 13.1 Netzwerk gegen häusliche Gewalt - Statistik 2014. TOP 13.2 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
2093/2015
- 13.2 Wohn- und Lebensalternativen für Menschen mit Demenz. TOP 13.13 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 17.09.2015
Hier: Selbstverantwortete Wohngemeinschaften (WG) für Pflegebedürftige
2359/2015
- 13.3 Veröffentlichung „DON'T WORRY, BE A FRIEND OF ROMA WOMAN - Gegen die Mehrfachdiskriminierung der Roma-Frauen“. TOP 13.6 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
2447/2015
- 13.4 Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: TOP 13.8 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015 mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
2489/2015
- 13.5 Pilotprojekte "Willkommen in Köln" und "Integrationslotsen". TOP 13.12 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
2661/2015
- 13.6 Bedarfsermittlung zu Unterstützungsangeboten für Drogenkonsumenten: vergleichende Betrachtung von Szenebefragungen in Köln 2014-2015
2639/2015
- 13.7 Verfahrensvorschlag zum Einsatz sozialer Erhaltungssatzungen in Köln
2803/2015
- 13.8 Stadt und Handwerkskammer unterzeichnen Mittelstandsinitiative
2947/2015

13.9 Jahresbericht 2014 der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln
2644/2015

13.10 Angebote der Winterhilfe durch das Amt für Soziales und Senioren 2015/2016
2844/2015

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 3.1 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel**

**hier: Maßnahmebewilligungen 2015
2156/2015**

Herr Kersjes fragt, wann damit zu rechnen sei, dass die Haushaltssatzung 2015 in Kraft treten werde und wann der Haushalt der Stadt Köln an die Bezirksregierung gegangen sei. Die freien Träger seien in Sorge, ob alle zusätzlich eingebrachten politischen Vorschläge auch umgesetzt werden, weil die Haushaltssatzung nicht in Kraft trete.

Frau Klug antwortet, dass sie den genauen Termin, wann der Haushalt an die Bezirksregierung gegangen sei, nachliefern. Die Aufsichtsbehörde für die Genehmigung des Haushaltes 2015 möchte den gesamten Prozess der Prüfungsverfahren vorgelegt bekommen. Dies bedeute, dass mit Abschluss der Beratung des Rechnungsprüfungsausschuss über den Haushalt 2011 und 2012 die Voraussetzung gegeben sei, um den Haushalt auch formal genehmigt zu erhalten. Sie gehe davon aus, dass dies in der Novembersitzung 2015 der Fall sein werde. Es gebe keine Bedenken, dass dieser Haushalt genehmigungsfähig sei. Die Bezirksregierung werde dann den Haushalt freigeben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Nachtrag des Schriftführers:

Der Haushalt ist mit Schreiben vom 09.08.2015 an die Bezirksregierung gegangen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2015 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagten Mitteln für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung im Rahmen des Konzeptes „Wir im Quartier“ – Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel für das Jahr 2015 Zuschüsse an die in der Begründung genannten Träger zur Verlängerung von Maßnahmen in Höhe von insgesamt 49.995 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

3.2 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training in 2015 2939/2015

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Für Maßnahmen im Rahmen des Antirassismus-Trainings im Jahr 2015 werden – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung – gemäß Anlage 1 die im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Mittel in Höhe von 10.640 € vergeben (davon 640 € aus dem erstmals veranschlagten Integrationsbudget gemäß Ratsbeschluss vom 10.09.2015).

Verbleibende Mittel aus dem Integrationsbudget in Höhe von 11.060 € werden in einem zweiten Schritt vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

4.1 14. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln. Hier: Änderung des § 23 der Hauptsatzung der Stadt Köln. 2317/2015

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 14. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 10.02.2009 in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4.2 Änderung der Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 2776/2015

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

Aufgrund des Beschlusses der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und

Transgender (StadtAG LST) wählt der Rat auf Empfehlung der StadtAG LST folgende sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter in die benannten Ausschüsse:

Ausschuss	Sachkundige/r Einwohner/in	Vertreter/in
Stadtentwicklungsausschuss	Sascha Korinek LSVD Köln e.V.	
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	Alf Spröde Völklinger Kreis e.V.	

Gleichzeitig hebt der Rat die Entsendung des auf Empfehlung der StadtAG LST mit Ratsbeschluss vom 13.11.2014 (Vorlage 2882/2014) gewählten sachkundigen Einwohners Marco Malavasi (LSVD Köln e.V.) in die genannten Ausschüsse auf.

Die Mitgliedschaft der neu gewählten sachkundigen Einwohner im jeweiligen Fachausschuss endet mit der Wahl eines neuen Ausschussmitglieds auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender bzw. mit Ende der Wahlperiode des Rates.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

4.3 Fortführung des Hausmeister- und Sicherheitsdienstes in den Einrichtungen für obdachlose Personen und den Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln 2994/2015

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt:

1. die Ausschreibung der Hausmeister- und Sicherheitsdienstleistungen für die Einrichtungen zur Unterbringung von obdachlosen Personen und Übergangwohnheimen für Spätaussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln für den Zeitraum vom 01.08.2016 bis zum 31.07.2021 und beauftragt die Verwaltung, das hierfür erforderliche Vergabeverfahren durchzuführen.
2. die Verwaltung zu ermächtigen, das notwendige Vergabeverfahren einzuleiten. Auf die Erteilung eines Vergabevorbehalts wird verzichtet.
3. die Folgekosten im Rahmen der Haushaltsplanung 2016 ff. zu berücksichtigen.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, den Tagesordnungspunkt ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

7.1 Mehrgenerationenwohnen 2516/2015

Frau Heuser und der Vorsitzende Herr Paetzold loben die Projektarbeit zum Mehrgenerationenwohnen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2 Öffentlich geförderter Mietwohnungsbau Zinsmoratorium 2016/2017 2581/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne Aussprache zur Kenntnis.

8 JobCenter Köln

8.1 Bericht des Jobcenters Köln 2894/2015

Frau Hollmann dankt für die Vorlage des geänderten Zeitplanes. Dass bei der Zielsetzung die soziale Integration an erster Stelle stehe sei neu, aber ein sichtbar positives Zeichen. Sie fragt, was man sich in der Praxis unter dem Motto „Jobcenter im Veedel“ vorstellen könne. Die Prognose für den EGT (Eingliederungstitel) sei nicht positiv und sie regt an, dass eine zusätzliche Initiative zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit gestartet werde.

Herr Dr. Schulz begrüßt ebenfalls, dass die Frage der sozialen Integration an erster Stelle des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms genannt werde. Selbstverständlich sei die berufliche Integration ebenfalls extrem wichtig.

Frau Schmerbach dankt für die gute Vorlage, die drei Teile beinhalte. Der Bund habe 12,5 Mio. Euro zur Förderung der Öffentlichen Beschäftigung der Stadt Köln in Aussicht gestellt. Sie bittet um den aktuellen Sachstand, ob diese finanzielle Förderung eingegangen sei. Sie fragt, ob es möglich sei, bei der öffentlichen Beschäftigung, Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen seien genauso in eine soziale Beschäftigung zu überführen, wie Menschen mit Handicap.

Das Diversity-Konzept beinhaltet eine Beschäftigungsquote von 8,1% für Menschen mit Behinderung. Dies sei ein erfreulich hoher Wert. Sie fragt, ob in der Beschäftigungsquote von 8,1%, auch Neueinstellungen von Menschen mit Behinderung enthalten seien.

Sie bittet um die Inklusionsvereinbarung des Jobcenters Köln.

Nachtrag des Schriftführers:

Dem Sozialausschuss wurde bereits in der Sitzung vom 28.05.2015 unter TOP 6.1 „Bericht des Jobcenters“ die Inklusionsvereinbarung als Anlage vorgelegt.

Frau Lerchner bedankt sich für den vorgelegten Bericht. Sie fragt zum Thema „Make or buy“, ob dem Ausschuss hierfür eine prozentuale Aufschlüsselung vorgelegt werden könne. Bei dem Punkt „Bildung forcieren“ stellt sie fest, dass die Anzahl der Eintritte bei den abschlussorientierten Weiterbildungen zum Vorjahr um 10% gestiegen seien. Sie fragt, auf welcher Basis die 10% Steigerung beruhe. Zum Diversity-Bericht fragt sie, ob das Jobcenter dem eigenen Anspruch, alle genutzten Gebäude barrierefrei zu gestalten, gerecht werden könne.

Herr Detjen bittet um eine ausführliche Diskussion des Sozialausschusses mit dem Jobcenter über das Thema „aktuelle Flüchtlingssituation und die Auswirkungen auf den Kölner Arbeitsmarkt“. Er regt an, dass eine Möglichkeit im Jobcenter gefunden werde, aus dem arabischen Sprachraum in deren Sprache zu kommunizieren.

Herr Krücker fragt, welche genauen Planungen das Jobcenter für die Zielgruppen Flüchtlinge und Asylbewerber 2016 verfolge.

Herr Klausung fragt, ob es sich bei der Auflistung innerhalb des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms um eine Priorisierung handele. Er lobt den vorliegenden Bericht.

Frau Reisinger fragt, wie viele Personen nach Einschätzung des Jobcenters keine dauerhafte Chance auf Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt haben.

Herr Ruffer dankt für die lobenden Worte. Er antwortet, dass sich durch die Beschleunigung der Verfahren für Flüchtlinge eine positive Dynamik entwickeln werde. Auf der einen Seite werden die Menschen, bei denen es keine Gründe für eine Aufenthaltserlaubnis gebe, eine schnellere Ablehnung erhalten. Bei einer positiven Sachlage, bei der es zu einer Genehmigung komme, werde dieses Verfahren ebenfalls beschleunigt. Die Zahlen innerhalb der Jobcenter werden in den nächsten Monaten spürbar steigen. Die Vorbereitung in Köln verlaufe so, dass eine Abfrage bei den Beschäftigten des Jobcenters durchgeführt wurde, um auf weitere (Sprach)-Kenntnisse zurückzugreifen. 96 Kolleg/innen mit weitreichenden (Sprach)-Kenntnissen haben sich auf diese Abfrage hin gemeldet. Diese Kompetenzen werden konstruktiv genutzt. Die organisatorische Vorbereitung verlaufe so, dass die Bundesagentur angewiesen habe, dass gemeinsame Anlaufstellen (auch in Köln) eingerichtet werden sollen. Anfang Januar 2016 wäre damit in Köln zu rechnen. Eine gute Zusammenarbeit mit allen Ämtern sei bei diesem Thema unerlässlich. Man versuche, dass die betroffenen Menschen kein „Behörden-Hopping“ durchlaufen müssen. Er hoffe, dass sich zeitnah Integrationserfolge erzielen lassen. Vor allem solle die Sprachkompetenz bei den Flüchtlingen gefördert werden. Die beruflichen Qualifikationen und der Ausbildungsgrad bei den Flüchtlingen seien jedoch nach bisherigen Erkenntnissen nicht so hoch, wie häufig in den Medien suggeriert werde.

In dem Bereich soziale Integration der Flüchtlinge bestehe noch großer Handlungsbedarf. Dies werde sich in den nächsten Monaten jedoch sehr schnell ändern. Für die exakte Bestimmung der beruflichen Qualifikation der Flüchtlinge werde man sich auch um die Hilfe von externen Anbietern bemühen müssen.

Berufliche Integration sei der beste Weg zur sozialen Teilhabe und zur sozialen Integration. Die Zielsetzung des Gesetzes sei jedoch auch, Menschen auf ihrem Weg zu

stabilisieren und im ersten Schritt die soziale Integration zu fördern. Eine unterteilende Wertigkeit wolle er daher nicht vornehmen.

24 Mio. Euro wurden im Bereich des Eingliederungstitels zusätzlich als Drittmittel akquiriert. Daher könnten die Unterstützungsangebote im Bereich des Eingliederungstitels ausgeweitet werden. Z.B. durch die Projekte „Mittendrin!in Köln“ „ESF-Projekt gegen Langzeitarbeitslosigkeit“ und das Programm „Soziale Teilhabe“.

Bildung soll weiter forciert werden. Allein bei den abschlussorientierten Förderungen beruflicher Weiterbildung (FbW) konnte bereits in diesem Jahr der geplante Ausgangswert von 418 Eintritten überschritten werden. Zum Jahresende werden voraussichtlich 460 Eintritte bei abschlussorientierten FBW generiert. Die Planungen für kommendes Jahr belaufen sich voraussichtlich auf ca. 500 Eintritte.

Das Jobcenter habe bereits im Vorfeld intensiv an der Konzeptionierung der Kölner VeedelsCenter mitgearbeitet. Die Verzahnung der lokalen Veedel und der Sozialraumbezug werden weitere positive Strukturen entfalten.

Die Fragestellung „Make or buy“ gehöre zur Grundphilosophie des Jobcenters. Da wo es interne Kompetenzen von den Kollegen/innen gebe, wolle man sie auch nutzen. Die Quantifizierung werde er soweit wie möglich zur nächsten Sitzung schriftlich beantworten. Ein Monitoring bzgl. der Stunden oder Eintritte bei selbstkonzipierten Angeboten gäbe es nicht. Ebenso werde er die Frage von Frau Reisinger „wie viele Personen nach Einschätzung des Jobcenters keine dauerhafte Chance auf Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt haben“ schriftlich zur nächsten Sitzung beantworten.

Frau Hollmann begrüßt die gute Darstellung des Diversity- Berichtes. Trotzdem regt sie an, dass in zukünftigen Berichten eine differenziertere Darstellung angestrebt werde. Sie bittet das Jobcenter um ein Konzept mit Indikatoren und genauem Zeitplan.

Herr Rüffer antwortet, dass es sich bei diesem Bericht um eine Bestandsaufnahme handeln würde. Der konzeptionelle Ansatz, welche weiteren Zielvorstellungen verfolgt werden und wie der genaue Zeitplan aussehe, sei noch nicht ausgearbeitet und werde aktuell aufgrund vorrangiger Dringlichkeiten nicht mit höchster Priorität bearbeitet. Deshalb könne aktuell kein Konzept vorgelegt werden. Die Barrierefreiheit sei in den neuen Liegenschaften gut umgesetzt. In den Bestandsliegenschaften sei noch nicht alles optimal, aber eine dauerhafte Prozessoptimierung zur Barrierefreiheit werde umgesetzt. Die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung betrage über alle Beschäftigten hinweg 8,1%.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt nach dem baulichen Zustand des Gebäudes in der Oskar-Jäger-Straße.

Herr Rüffer antwortet, dass es eine große Mängelliste vor dem Umzug gab. Die Abarbeitung der Mängelliste konnte nicht komplett umgesetzt werden. Eine Verschiebung des Umzugs war allerdings keine Option. Auch in diesem Fall findet eine tägliche Prozessoptimierung statt. Der Vermieter beteiligte sich nicht optimal an der Mängelbeseitigung. Inzwischen seien rechtliche Schritte gegen den Vermieter eingeleitet worden. Die Nutzung des Gebäudes sei jedoch gewährleistet.

Herr Dr. Schulz bittet um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viele Flüchtlinge werden bereits beim Projekt „Chance Plus“ betreut?

- Welche Zielgruppen-Maßnahmen speziell für Flüchtlinge hat das Jobcenter bereits im Angebot bzw. sind in der Entwicklung?
- Unter welchen Voraussetzungen können zum Beispiel Arbeitsgelegenheiten als ersten Schritt zur Integration in den Arbeitsmarkt für Flüchtlinge weiterentwickelt werden?

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 8.1 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 17.09.2015 2879/2015

Herr Dr. Schulz bedankt sich für die Beantwortung. Er fragt nach dem genauen Sinn des Satzes „In diesem Zusammenhang bleiben leider auch die erfolgte Erhöhung des Kindergeldes und die bevorstehende Änderung des Wohngeldgesetzes aufgrund der geringen einkommenstechnischen Veränderungen wirkungslos“.

Herr Ruffer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.3 Nachfrage von Herrn Dr. Schulz zum Thema Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 17.09.2015

Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 8.1 3019/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Aktuelle Informationen zur Flüchtlingssituation 3182/2015

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für den sehr aktuellen und informativen Flüchtlingsbericht.

Frau Klug weist auf die neuen Aspekte des Flüchtlingsberichtes hin. Die Präsentation, des 4 - Phasen-Modells zur Unterbringung von Flüchtlingen, wird der Niederschrift beigelegt.

Herr Ludwig ergänzt, dass in dem Bericht die Anzahl der Flüchtlinge, welche das Wohnungsamt bis zum 30. September 2015 untergebracht haben mit 8003 angegeben sei. Diese Zahl sei schon wieder überholt. Die aktuelle Anzahl von Flüchtlingen die untergebracht wurden betrage 8408. Diese Zahl werde in den nächsten Tagen

noch einmal um mindestens 200 weitere Flüchtlinge anwachsen. Die Anzahl der Flüchtlinge, welche Köln von der Bezirksregierung in Arnsberg zugewiesen bekomme, werde im November auf 310 steigen. Täglich kommen 40 weitere Flüchtlinge direkt nach Köln. Damit seien alle getroffenen Prognosen hinfällig. Die Monate November und Dezember 2015 werden für Köln eine sehr große Herausforderung um der Unterbringungsverpflichtung nachkommen zu können. Eventuell müssen weitere Turnhallen zur Unterbringung von Flüchtlingen belegt werden müssen. Er erläutert das 4 – Phasen – Modell.

4 - Phasen-Modell zur Unterbringung:

In der 1. Phase (Notunterkunft) müssen alle Grundstücke, die in den letzten Wochen diskutiert wurden und für die Errichtung von Leichtbauhallen in Betracht kommen, festgelegt und verbindlich entschieden werden, damit so schnell wie möglich mit den erforderlichen Arbeiten (Aufschotterung, Bestellung der Bauten etc.) begonnen werden kann.

Als Vergleichs-Konzept ist die bereits in Umsetzung befindliche Gestaltung der Unterkunft am Hardtgenbuscher Kirchweg zugrunde zu legen. Die dort verwendeten Hallen sind bereits in der TF und in den Gremien vorgestellt worden.

Dies bedeutet, etwa 4 bis 5 Standorte im ganzen Stadtgebiet zu verwirklichen, mit jeweiligen Unterbringungskapazitäten von ca. 400 Personen in Hallen für je 80 Personen (entspricht je Standort 4 bis 5 Hallen in Leichtbauweise); für jede dieser Leichtbauhallen steht eine Betreuungskraft zur Verfügung. Je Standort wird außerdem eine Leichtbauhalle für die Versorgung der Flüchtlinge errichtet. Mit dieser Regelung könnten auch die Betreuungsträger einen reibungslosen Betrieb in diesen großen Einrichtungen gewährleisten, wie sich in Gesprächen gezeigt habe. Diese Vorgehensweise ermöglicht, zum Jahresende alternative Unterbringungskapazitäten verfügbar zu haben, die die sukzessive Räumung der derzeit genutzten Turn- und Mehrzweckhallen ermöglicht.

Diese Unterbringungsform entspricht zwar hinsichtlich der Zahl der Untergebrachten nicht den städtischen Leitlinien, ermöglicht aber die schnelle Unterbringung vieler Menschen. Der Betreuungsschlüssel von 1:80 (1 Betreuer / 80 Flüchtlinge) wird jedoch – wie in den übrigen Einrichtungen – gewährleistet.

Die 2. Phase (schnellstmögliche Ermöglichung eines Minimums an Privatsphäre) sieht neben der schnellen Errichtung von Wohncontainern die provisorische Herrichtung von vorhandenem Gebäudevolumen vor, wie z.B. in der Richard-Byrd-Straße, die bis zur Realisierung einer dauerhaften Unterbringung (Vorlaufzeit bis zu 24 Monate) genutzt werden können.

Die 3. Phase (einfache Wohnungen) sieht im Wesentlichen in Schnellbauweise errichteten Wohnungsbau vor.

In Phase 4 (Bau und Nutzung konventioneller Bauten) erfolgt der Übergang in „normalen“ Wohnungsbau.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet darum, dass die Präsentation des 4 - Phasen-Modells zur Unterbringung von Flüchtlingen dem Protokoll beigefügt werde.

Frau Blümel fragt, welche Projekte ausgeschrieben und welche Projekte nicht ausgeschrieben werden müssen.

Herr Ludwig antwortet, dass in den Phasen 1 und 2 in einem erleichterten Verfahren die Aufträge vergeben werden. Darüber hinaus werde das Wohnungsamt die bewährten Träger mit der Betreuung der Wohnheime beauftragen. Weitere Interessenten könnten trotzdem berücksichtigt werden.

Frau Hoyer führt aus, dass sie froh sei, dass es der Verwaltung in Köln gelungen sei, dass keine Zeltunterbringung für Flüchtlinge favorisiert werde. Bei der Entwicklung der Flüchtlingszahlen sei ein wichtiger Faktor, die Schnelligkeit der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen. Sie bittet darum, dass die Turnhallen schnellstmöglich ihrem ursprünglichen Zweck zugeführt werden.

Herr Ludwig antwortet, dass Schnelligkeit das „Gebot der Stunde“ sei. Die vorgeschlagenen Projekte sollen zügig vergeben und umgesetzt werden. Die kommenden beiden Monate (November und Dezember) werden die schwierigsten Monate bei der Unterbringung von Flüchtlingen werden.

Frau Hollmann schlägt vor, dass die Informationen zur Flüchtlingssituation des Jobcenters mit in den aktuellen Flüchtlingsbericht integriert werden können.

Herr Ludwig dankt für diese Anregung.

Herr Detjen weist darauf hin, dass die Standards zur Unterbringung von Flüchtlingen in Köln besser seien als die in Hamburg. Er begrüßt, dass keine Zelte zur Unterbringung von Flüchtlingen verwendet werden. Er fragt, ob in der Verwaltung eine breite Unterstützung zur Bereitstellung von Liegenschaften vorhanden sei. Er fragt, ob die Wohlfahrtsverbände vollkommen ausgelastet seien.

Er fragt Frau Klug, ob die Verwaltung das Thema Beschlagnahmung von Wohnraum (z.B. von leerstehenden Büroflächen) geprüft hätte. Er macht auf die Sendung im Fernsehen von Spiegel TV „zur Unterbringung von Flüchtlingen in Köln in Hotels“ aufmerksam. In diesem Bericht wurden katastrophale und völlig überbeuerte Unterbringungsmöglichkeiten von Flüchtlingen dargestellt. Er fragt, ob an diesem Bericht etwas dran sei und bittet die Verwaltung, sich so schnell wie möglich von diesen „schwarzen Schafen“ im Bereich der Flüchtlingsunterbringung zu trennen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist nach Rücksprache darauf hin, dass die Wohlfahrtsverbände noch „Luft nach oben“ in der Betreuung von Flüchtlingen hätten.

Frau Klug antwortet, dass sie das Instrument der Task Force als sehr geeignet empfinde um übergreifend und problembezogen Entscheidungen zu treffen. Die Ämter versuchen sich immer stärker mit in die Entscheidungen einzubringen, zu vernetzen und auch - z.B. bei den Liegenschaften - gemeinsam eine Lösung zu finden. Die eigenen Bestände der Stadt werden in einer zweiten Runde aufs Neue geprüft. D.h. die Liegenschaften die in der ersten Runde abgelehnt wurden, stehen erneut auf dem Prüfstand, da sich die Voraussetzungen verändert hätten. Ein Hauptkriterium sei, wie schnell man die vorhandene Fläche als Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung stellen könnte.

Die Beschlagnahmung sei dann rechtlich zulässig, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft seien. Sie verweist auf ein Beispiel im Land Hamburg, welches durch die Beschlagnahmung von Wohnraum und den anschließenden Rechtsstreit, Rechtssicherheit zwischen privatem Eigentum und öffentlichem Interesse geschaffen habe. Die Situation in Köln sei derzeit so, dass keine Beschlagnahmungen durchgeführt werden müssen. Es gebe Gespräche mit privaten Eigentümern für die kurzfristige Bereitstellung von nutzbarem Wohnraum. Falls jedoch notwendige Unterbringungskapa-

zitäten fehlen, werde sich die Verwaltung vorrangig an dem vorliegenden Konzept orientieren, aber auch alle weiteren Möglichkeiten ausschöpfen müssen. Sie werde gemeinsam mit der Stadtgesellschaft alles versuchen, diese große humanitäre Aufgabe zu lösen.

Herr Ludwig ergänzt, dass momentan 38 Hotels in Köln mit ca. 2.500 Personen belegt seien. Diese Art der Unterbringung sei teuer aber notwendig. Die Umstände zu diesem Fernsehbericht waren schwierig, da Spiegel TV ohne die Einwilligung des Hotelbetreibers diesen Bericht verfasst habe. Allerdings seien die Beschreibungen der Flüchtlingsunterbringung leider zutreffend. Generell sei die Flüchtlingsunterbringung in Hotels in Ordnung, es müsse jedoch eingeräumt werden, dass es in einigen Fällen „schwarze Schafe“ gebe, die eine schlechte Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung stellen. In diesen Fällen gehe es ausschließlich um den maximalen finanziellen Profit. Mit dem zur Verfügung stehenden Personal wirke die Verwaltung dieser Art der Unterbringung energisch entgegen. Sobald Missstände bekannt werden, versuche man diese umgehend zu beheben. Die personelle Ausstattung für diesen Bereich müsse jedoch noch ausgebaut werden. In der momentanen Phase könne nicht auf die Flüchtlingsunterbringung in Hotels verzichtet werden. Sobald die Flüchtlingszahlen zurückgehen, werde die Verwaltung schnellstmöglich auf die Unterbringung in Hotels verzichten.

Frau Klug gibt zu bedenken, dass der einseitige Markt der Flüchtlingsunterbringung den Handlungsdruck in den Kommunen stark vergrößert und die Verhandlungsposition nicht verbessert. Sie regt an, dieses Thema in einer eigenen Runde zu erörtern.

Frau Heuser bemerkt, dass aus dem bisherigen 3 Stufen Modell ein 4 Stufen Modell geworden sei. Sie fragt, ob der Stadtwerke Konzern (SWK) bei der Unterbringung der Flüchtlinge helfen könne. Sie regt ein Beschwerdemanagement an, da bei Mietverträgen mit Privatpersonen und dem Jobcenter immer wieder Schwierigkeiten auftreten würden. Sie fragt, ob es eine eindeutige Aussage vom Land NRW gebe, ob die 670,- Euro pro Flüchtling je Tag an die Kommunen bezahlt würden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold macht auf die aktuelle Anfrage von der CDU Fraktion aufmerksam. Da sie gestern erst eingereicht wurde, liege jedoch noch keine Antwort der Verwaltung vor.

Frau Klug antwortet, dass sie aus der heutigen Presse entnommen habe, dass die Finanzierung durch das Land für die Kommunen geregelt werden solle. Genaue Angaben könne sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht machen. Die Verwaltung arbeite mit Hochdruck an diesem Thema.

Sowohl die Sparkasse als auch der Stadtwerke Konzern haben sich an der Flüchtlingsunterbringung mit der Suche nach Liegenschaften beteiligt. Das Phasen Modell sei kein Stufen Modell. Die einzelnen Phasen können gleichzeitig betrieben werden oder sich überlagern. Bei dem Stufen Modell müsse erst „eine Stufe erklommen werden, bevor man die nächste Stufe erklimmen“ könne.

Herr Ludwig ergänzt, dass die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter sehr gut sei. Beim Jobcenter gebe es ein Beschwerdemanagement und man befinde sich in ständigem Austausch. Das Jobcenter, das Sozialamt und das Wohnungsamt seien im Rahmen des Auszugsmanagement in ständiger Kooperation. Hierbei habe der Leiter des Amtes für Wohnungswesens immer die letzte Entscheidung. Ebenso sei die Stelle der Koordinatorin des Auszugsmanagements seit kurzem besetzt.

Herr Jachtner fragt, ob eine private Aufnahme evtl. sogar eine Adoption von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen möglich sei. Unter welchen Bedingungen sei ein solches (kurzes) Verfahren möglich und an wen müsse man sich wenden. Warum werden die ankommenden Flüchtlinge an der Drehscheibe des Kölner Flughafens nicht registriert.

Er fragt, ob die Decken in der Turnhalle der Peter-Ustinov Schule in der Neusser Str., in denen Flüchtlinge untergebracht werden sollen, tatsächlich noch voll funktionsfähig seien. Werden diese Decken schnellstmöglich renoviert.

Abschließend bittet er um den Sachstand, ob auch Holzhäuser zur Unterbringung von Flüchtlingen eingesetzt werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert an den Ratsbeschluss aus der Ratssitzung vom 10.09.2015, dort sei beschlossen worden, dass „die logistischen, zeitlichen, finanziellen und vergaberechtlichen Rahmenbedingungen für den Bau von Holzständerbauten in Ergänzung zu den derzeit nicht lieferbaren Wohncontainerbauten für die Unterbringung von Flüchtlingen darzulegen“ seien.

Frau Klug werde wegen der Nachfrage zur Adoption den Kontakt zu dem Jugendamt herstellen. Die Adoptionsvoraussetzungen seien gesetzlich geregelt.

Die Drehscheibe betreffe nicht vorrangig den Verantwortungsbereich des Sozialausschusses, da sie keine kommunale, sondern eine Landes- Angelegenheit sei. Sie bittet um bilaterale Klärung dieser Frage.

Die Decken der Turnhallen in der Peter-Ustinov- Str. werden instand gesetzt. Die Gebäudewirtschaft kümmere sich sehr schnell um die anfallenden Arbeiten. Bei den Holzbauten gab es baurechtliche Schwierigkeiten. Diese seien jedoch durch das Land gelockert worden. Es gebe jetzt die Möglichkeit Holzbauten herzurichten. Die Verwaltung finde sich augenblicklich in der Prüfung inwieweit diese Holzbauten genutzt werden können.

Frau Gärtner fragt, ob die freien Träger gefragt werden, zusätzliches Betreuungspersonal für die Flüchtlinge bereit zu stellen.

Herr Ludwig antwortet, dass die freien Träger in der Lage seien, weitere Unterkünfte zu betreuen.

Herr Wiener fragt, nach dem aktuellen Sachstand des Bon Hotels.

Herr Ludwig antwortet, dass die Belegung dieses Hotels im Frühjahr 2016 vollzogen werde. Die Belegung des Hotels verzögere sich, weil die Qualität des Brandschutzes extrem mangelhaft war. Diese Mängel müssen zuerst behoben werden, bevor die Flüchtlinge dort einziehen können.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt der Verwaltung und allen Mitarbeitern für das geleistete Engagement.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

10.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 04/2015 3062/2015

Herr Dr. Bell ergänzt die vorliegende Mitteilung. Sollte die Landesbauordnung in der von der Landesregierung vorgelegten Form beschlossen werden, wäre dies eine Stärkung des Barrierefreien Bauens. Die Behindertenorganisationen beteiligen sich bei der Planung des Stadtentwicklungsprojektes „Parkstadt Süd“ und konnten wichtige Aspekte verankern. Dies sei nicht selbstverständlich.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

**11.1.1 Wie werden Flüchtlinge in Köln zurzeit untergebracht? TOP 11.1.1 des Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
AN/1166/2015**

**11.1.2 Aufenthaltsraum für obdachlose und drogenabhängige Menschen an den Ringen. TOP 11.1.2 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
AN/1171/2015**

**11.1.3 Befreiung der Köln-Pass-Besitzer von Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen. TOP 11.1.3 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
AN/1172/2015**

**11.1.4 Leistungsangebot für Köln-Pass-Besitzer*innen. TOP 11.2.1 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
AN/1299/2015**

**11.1.5 Abweisungen von unerlaubt eingereisten Geflüchteten. TOP 11.2.2 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
AN/1365/2015**

**11.1.6 Flüchtlingshilfe koordinieren: Online-Formular und Hilfe-Hotline prüfen. TOP 11.2.3 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
AN/1406/2015**

11.2 Aktuelle Anfragen

Herr Dr. Schulz bittet um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viele Flüchtlinge sind bereits Kunden beim Jobcenter?

- Wie schätzen sie die weitere Entwicklung der Kundenzahl aus dem Bereich der Flüchtlinge ein?
- Welche Zielgruppen-Maßnahmen speziell für Flüchtlinge hat das Jobcenter bereits im Angebot bzw. sind in der Entwicklung?
- Unter welchen Voraussetzungen können zum Beispiel Arbeitsgelegenheiten als ersten Schritt zur Integration in den Arbeitsmarkt für Flüchtlinge weiterentwickelt werden?
- Gibt es ähnliche Ansätze in der Arbeitsagentur?

Herr Klausing bittet um den aktuellen Sachstand im Auszugsmanagement und Wlan in Flüchtlingsheimen.

Frau Hollmann fragt nach der Planung der kommunal flankierenden Leistungen des Jobcenters.

Herr Ruffer weist auf den „Markt der Möglichkeiten – Kommunale Eingliederungsleistungen im Dialog“ am 26.11.2015 hin.

**11.2.1 Unterbringung von Flüchtlingen auf Schiffen
AN/1538/2015**

**11.2.2 Schutz für alleinreisende weibliche Flüchtlinge in den Kölner Gemeinschaftsunterkünften
AN/1561/2015**

**11.2.3 Entsprechen die Standards für die Auswahl des Sicherheitspersonals in Kölner Flüchtlingsheimen denen aus NRW?
AN/1564/2015**

**11.2.4 Zahlungen der Landesregierung für Flüchtlinge
AN/1568/2015**

12 Beantwortung von Anfragen

**12.1 Beantwortung einer Anfrage der Faktion DIE LINKE zum Thema "Aufenthaltsraum für obdachlose und drogenabhängige Menschen an den Ringen" (AN/1171/2015). TOP 12.5 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
2664/2015**

Herr Detjen appelliert an die Verwaltung, dass bei der Planung an einen vielseitig genutzten Aufenthaltsraum gedacht werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

12.2 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke zum Leistungsangebot für Köln-Pass-Besitzer*innen vom 25.08.2015 (AN/1299/2015). TOP 12.4 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015 2686/2015

Herr Detjen bittet die Verwaltung darum, die städtischen Betriebe abzufragen, wie das Leistungsangebot verbessert werden könne. Es solle angestrebt werden, grundsätzlich die 50% Regelung bei städtischen Angeboten zu erreichen. Explizit weist er darauf hin, dass die Köln Bäder möglichst 50% Ermäßigung einräumen sollten.

Herr Klausing stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung:

Bei dem Tagesordnungspunkt „Beantwortung von Anfragen“ dürfen nur weitere Nachfragen und keine Statements zugelassen werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass er bisher sehr großzügig in der Auslegung der Geschäftsordnung gewesen sei, allerdings hätten bisher alle Parteien von dieser Vorgehensweise profitiert.

Herr Detjen stellt fest, dass andere Fraktionen zu Anfragen überhaupt keine Nachfragen stellen dürfen. Er bittet darum, die bisherige Praxis der großzügigen Auslegung der Geschäftsordnung weiter zu führen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt die Teilnehmer des Ausschusses Soziales und Senioren, ob die bisherige Auslegung der Geschäftsordnung weiter praktiziert werden solle. Er stellt fest, dass der Ausschuss Soziales und Senioren mit seiner Vorgehensweise einverstanden ist.

Frau Kleinpaß-Börschel regt an, dass die Verwaltung Kontakt zu Net Cologne aufnehmen solle, damit die Köln-Pass-Inhaber auch dort eine Ermäßigung erhalten können.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

12.3 Abweisungen von unerlaubt eingereisten Geflüchteten, Beantwortung der Anfrage AN/1365/2015. TOP 12.6 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015 2789/2015

Herr Detjen fragt, ob es eine Belegschaftsversammlung gegeben habe, auf der Herr Ludwig daraufhin gewiesen habe, dass keine Menschen abgewiesen werden.

Herr Ludwig antwortet, dass es eine Dienstbesprechung zu dem Thema „unerlaubte eingereiste Flüchtlinge“ gegeben habe, auf der besprochen wurde, dass zu prüfen seien, ob Selbsthilfemöglichkeiten vorhanden seien. Wenn dies nicht der Fall sei, solle Obdachlosigkeit unbedingt vermieden werden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

12.4 Bearbeitung und Freigabe von Anträgen auf Elterngeldbezüge 2696/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**12.5 Beantwortung einer Anfrage gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates;
hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur Befreiung der Köln-Pass-Besitzer von Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen
2408/2015**

Herr Detjen fragt den Verwaltungsumgang, mit den Personen, die zwar Köln-Pass Bezieher seien, aber nicht unter dem SGB II geführt werden. Er fragt, ob ein Beschluss notwendig sei, damit diese Personengruppe ebenfalls ein kostenreduziertes Mittagessen erhalte.

Frau Ramos antwortet, dass diese angesprochene Personengruppe ebenfalls an dem kostengünstigeren Mittagessen teilnehmen könne. Der Anspruch für die genannte Personengruppe sei gegeben. Die Anspruchsvoraussetzungen für den Köln-Pass bei sogenannten Geringverdienern seien jedoch nicht identisch mit den Anspruchsvoraussetzungen der Geringverdiener für BuT (Bildung und Teilhabe). Es könne vereinzelt Menschen geben, die kein kostenreduziertes Mittagessen in Anspruch nehmen können.

(Anmerkung von Frau Ramos im Nachgang: Sofern das Einkommen der Familien den Geringverdiener-Anspruch auf BuT geringfügig überschreitet, besteht in aller Regel Anspruch auf Wohngeld und/oder Kinderzuschlag, der im Zweifel noch zu realisieren sei, was wiederum einen BuT-Anspruch begründet.)

Herr Detjen bittet die Verwaltung um eine Aussage, wie dieses Problem, dass dieser kleine Personenkreis trotzdem von dem reduzierten Mittagessen partizipieren kann, gelöst werden könne.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**12.6 Flüchtlingshilfe koordinieren: Online-Formular und Hilfe-Hotline prüfen
3176/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

13 Mitteilungen

**13.1 Netzwerk gegen häusliche Gewalt - Statistik 2014. TOP 13.2 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
2093/2015**

Frau Heuser fragt, ob ein Vergleich mit anderen Kommunen möglich wäre.

Frau Klug sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**13.2 Wohn- und Lebensalternativen für Menschen mit Demenz.TOP 13.13 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 17.09.2015
Hier: Selbstverantwortete Wohngemeinschaften (WG) für Pflegebedürftige
2359/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne Aussprache zur Kenntnis.

**13.3 Veröffentlichung „DON'T WORRY, BE A FRIEND OF ROMA WOMAN - Gegen die Mehrfachdiskriminierung der Roma-Frauen“. TOP 13.6 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
2447/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne Aussprache zur Kenntnis.

**13.4 Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln:TOP 13.8 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
2489/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

**13.5 Pilotprojekte "Willkommen in Köln" und "Integrationslotsen". TOP 13.12 der Sitzung Soziales und Senioren vom 17.09.2015
2661/2015**

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob es einen neuen Sachstand zu den auslaufenden Projekten gebe, da die Politik sich für eine Fortführung der Projekte ausgesprochen habe.

Frau Rehberg antwortet, dass die Verwaltung einen Antrag zur Weiterfinanzierung des Projektes "Willkommen in Köln" gestellt habe. Eine Bewilligung stehe jedoch noch aus. Für das Projekt EHAP sei eine Interessensbekundung gestellt worden. Hier erfolgt nächste Woche ein Treffen. Dies bedeute aber noch nicht, dass eine finanzielle Förderung erfolgen werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**13.6 Bedarfsermittlung zu Unterstützungsangeboten für Drogenkonsumenten: vergleichende Betrachtung von Szenebefragungen in Köln 2014-2015
2639/2015**

Frau Gärtner fragt, nach einem Zeitplan zur Umsetzung der Planungen. Zusätzlich fragt sie, wie die weitere Zusammenarbeit mit den Trägern aussehen solle.

Frau Dahlheim antwortet, dass die Befragungsergebnisse derzeit mit in den Konzeptentwurf eingearbeitet werden. Mit den Drogenhilfeträgern finden regelmäßig Abstimmungsgespräche statt.

Herr Paetzold stellt fest, dass nach Fertigstellung der Ausarbeitung diese als Mitteilung in den Gesundheits- und Sozialausschuss eingebracht werden solle.

Frau Heuser fragt nach dem Sachstand auf Landesebene zur Substitution. Inwieweit besteht eine Verpflichtung zur Abstinenz.

Frau Dahlheim antwortet, dass die Substitution unter dem Betäubungsmittelgesetz stehe. Derzeit werde fachlich über eine Änderung diskutiert, wobei im Augenblick keine Änderung zu erwarten sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**13.7 Verfahrensvorschlag zum Einsatz sozialer Erhaltungssatzungen in Köln
2803/2015**

Frau Hollmann fragt, ob die Informationen der Expertenanhörung mit in die Soziale Erhaltungssatzung einfließen.

Herr Scheffler fragt nach dem Verfahren, wie die beiden "Verdachtsgebiete" identifiziert wurden. Weiter fragt er, warum Köln nicht auf die Vorerfahrung der Datensammlung und -auswertung der Stadt München zurückgegriffen habe.

Dr. Höhmann antwortet, dass das Expertenhearing der weiteren Qualifizierung des Verfahrens im Sinne einer „rechtsfesten“ Ausgestaltung dient. Die Erfahrungen aus anderen Städten sei zwar bereits im Vorfeld des Verfahrensvorschlags ermittelt und berücksichtigt worden, Unterschiede der individuellen Ausgestaltung seien jedoch deutlich gegeben, so dass man sich für einen Köln spezifischen Weg entschieden habe. So verzichtet die Stadt München beispielsweise auf Aufstellungsbeschlüsse, die in Hamburg oder Frankfurt dagegen erforderlich für die nachfolgenden sozialräumlichen Detailanalysen sind. Bei der Identifizierung der Verdachtsgebiete gebe es nicht das allgemein anerkannte Verfahren. München profitiert hier u.a. von einem langjährig etablierten kleinräumigen Monitoring.

Die Beschlussvorlage (Aufstellungsbeschluss) wird die konkreten haushaltswirksamen Auswirkungen benennen. Eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit werde ebenfalls Gegenstand des Verfahrens sein.

Im Rahmen des Verfahrens soll auch eine Evaluation der ersten Kölner Sozialen Erhaltungssatzung (Stegerwaldsiedlung) vorgenommen werden. Die beiden Verdachts-

gebiete seien durch eine statistische Analyse aller Kölner Stadtteile sowie eine planerische Einschätzung ermittelt worden.

Herr Detjen fragt, welche anderen Verdachtsgebiete es noch gegeben habe. Weiter fragt er, ob die Satzung mit einem Vorkaufsrecht verbunden werden soll und ob die Stadt Köln personell gut aufgestellt sei, um alle geschilderten Prozesse und die Umsetzung gut zu schaffen.

Herr Dr. Höhmann antwortet, dass man auf der Grundlage der Erfahrungen anderer Städte zusätzlich von etwa einer Person pro Gebiet ausgehen könne. Auch dies solle im Rahmen der Expertenanhörung vertieft erörtert werden. Die Beschlussvorlage werde die exakten Kosten und alle notwendigen Ressourcen aufführen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

13.8 Stadt und Handwerkskammer unterzeichnen Mittelstandsinitiative 2947/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne Aussprache zur Kenntnis.

13.9 Jahresbericht 2014 der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln 2644/2015

Herr Dr. Schulz dankt für den Jahresbericht, aus dem die große Bedeutung der Selbsthilfe für die Stadtgesellschaft ersichtlich werde. Er stellt fest, dass die Geschäftsstelle der Selbsthilfe Köln ausschließlich weibliche Mitarbeiterinnen aufweise. Er regt an, dass ihm im Rahmen der Beratung von unterschiedlichen Selbsthilfegruppen mindestens ein männlicher Mitarbeiter sinnvoll erscheine.

Frau Heuser lobt den guten Jahresbericht.

Frau Gärtner folgt der Kritik nicht, dass ausschließlich Frauen in der Geschäftsstelle arbeiten. Es gebe genügend Beispiele in der Arbeitswelt, in der der Geschlechteranteil umgekehrt sei.

13.10 Angebote der Winterhilfe durch das Amt für Soziales und Senioren 2015/2016 2844/2015

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt den Mitarbeitern, die sich aktiv im Rahmen der Winterhilfe für andere Menschen einsetzen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob es weitere mündliche Anfragen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung gebe. Er stellt fest, dass dies nicht der Fall sei und schließt die Sitzung.

Paetzold (Vorsitzender)

Dr. Becker (Schriftführer)